

Dresdener Nachrichten

Gegründet 1856

Druckverlag: Dresdener Nachrichten
Herausgeber: Hermann Kuntze
Redaktion: Dresdener Nachrichten
Verlag: Dresdener Nachrichten

Verlag: Dresdener Nachrichten
Herausgeber: Hermann Kuntze
Redaktion: Dresdener Nachrichten
Verlag: Dresdener Nachrichten

Druck: Dresdener Nachrichten
Herausgeber: Hermann Kuntze
Redaktion: Dresdener Nachrichten
Verlag: Dresdener Nachrichten

Schleicher wünscht Aussprache mit Hitler

Entscheidende Beratungen am Mittwoch

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 29. Nov. Nach den — wie es in steigendem Maße in den letzten Tagen und Stunden ausfiel — schwer zu überbrückenden und vielfach als kritisch erscheinenden Besprechungen rund um die Regierungskrise ist es die ganze Angelegenheit erneut zu einer dramatischen Wendung zu. Diese Wendung hat ihre Wurzel in den Entschlüssen, die der Reichswehrminister v. Schleicher am Dienstagvormittag fasste, als ihm die Abgeordneten Straßer und Dr. Frick von den Nationalsozialisten erklärten, sie seien nicht ermächtigt, entscheidende politische Verhandlungen zu führen, und dabei durchsichtigen ließen, daß Hitler selbst unter Umständen für Schleicher zu sprechen sein dürfte. Diese Äußerung hat Schleicher im Verlauf seiner ernten und nachdrücklich betriebenen Bemühungen um die Verhütung einer Notgemeinsamkeit für diesen Winter aufgegriffen und hat Hitler wissen lassen, daß er sich mit ihm, eben die großen Entscheidungen fallen würden, noch einmal gern persönlich auseinandersetzen wolle. Diese Anregung Schleichers wurde dem Führer der Nationalsozialisten durch Mittelsleute mitgeteilt, und

in den späteren Abendstunden hat sich dann Hitler entschlossen, der Aufforderung Folge zu leisten. Hitler ist am Dienstagabend 9 Uhr mit dem jahresplanmäßigen Schnellzug von München nach Berlin abgereist und wird 12 Stunden später, am Mittwoch vor mittig, in Berlin erwartet. Vom Bahnhof wird er sich sofort zum Reichswehrminister v. Schleicher in der in Aussicht genommenen Aussprache begeben.

Nel, wenn nicht alles, wird erneut von dieser Besprechung mit dem Führer der Nationalsozialisten abhängen. Im „Völkischen Beobachter“ wird ein Vortragsartikel veröffentlicht, in dem erneut die

bedingungslose Forderung, Hitler müsse Reichskanzler werden,

erhoben wird. Damit wird die nationalsozialistische Forderung, die ja noch vor wenigen Tagen dem Reichswehrminister von Hitler persönlich unterbreitet worden ist, abermals bekräftigt. Es kann kein Zweifel darüber sein, daß dieser letzte Versuch, die Nationalsozialisten zu einer Einigung über auch nur zu einer Tolerierung eines Kabinetts für den Winter zu bewegen, nicht nur von Hitler aus gesehen, sondern auch für den Reichswehrminister v. Schleicher selbst außerordentlich ernst ist, der damit ein großes Risiko übernommen hat. Es kann sehr wohl sein, daß der Papenkrise bei einem immerhin möglichen Scheitern der Besprechungen mit Hitler eine Schleicherkrise auf dem Fuße folgt. In dieser Hinsicht bewegen sich jedenfalls in den Dienstagabendstunden fast sämtliche Erwägungen in politischen Kreisen.

Im allgemeinen steht man vor einem Rätsel.

Niemals war die Nationalität all derjenigen, die Licht in die Entscheidung der letzten Stunden zu bringen versuchten, größer als heute. Die amtlichen Stellen schweigen absolut. Aus der Umnebelung des Reichspräsidenten ist nicht in Erfahrung zu bringen. Auch der Reichskanzler von Papen hat keinerlei Äußerung in den Vorgängen getan. Da kaum vorstellbar ist, daß Hitler seinen Standpunkt zur Regierungskrise geändert haben könnte, d. h., daß der Führer der Nationalsozialisten unter Umständen in der Lage sei, auf den Kanzlerposten zu verzichten, läßt sich nicht

übersehen, welches eigentlich die Gründe des neuen Schleicherschen Versuchs sind und mit welchen Hoffnungen und Aussichten auf Erfolg der Reichswehrminister ihn unternimmt, zumal kaum eine Wahrscheinlichkeit dafür spricht, daß der freie Reichspräsident seinen Entschluß, Hitler nicht zum Reichskanzler eines Präsidialkabinetts zu ernennen, nun etwa in letzter Stunde geändert hätte. So ist

die Lage in der Nacht zum Mittwoch vollständig ungeklärt,

und man könnte eigentlich nur eine Erklärung für alle diese Vorgänge für möglich halten, die darin zu suchen wäre, daß eben der Reichspräsident mit großer Sorgfalt und ohne sich zu irgendeinem Entschluß vorzeitig drängen zu lassen, alle, aber auch alle Möglichkeiten untersucht wissen will. In jedem Falle wird der Mittwochvormittag Stunden von großer innerpolitischer Bedeutung mit sich bringen. Auf Grund dieses Ergebnisses wird dann der Reichspräsident vielleicht morgen, vielleicht aber noch nach einigen Tagen Bedenkzeit seine letzten Entschlüsse fassen.

Der Reichspräsident hat sich in den Nachmittagsstunden vom Reichswehrminister von Schleicher in Gegenwart des Reichsleiters von Papen über dessen Bemühungen zur Herbeiführung des sogenannten Waffenstillstandes der Parteien Bericht erlassen lassen. Die Beschlüsse oder gar Entscheidungen sind in dieser Sitzung beim Reichspräsidenten nicht gefallen.

Die Zentrumskraktion konstituiert sich

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 29. Nov. Die neue Zentrumskraktion des Reichstages hielt am Dienstagvormittag ihre erste Sitzung ab, in der der Vorsitzende der Zentrumspartei, Prälat Kaas, über die politischen Vorläufe der letzten Zeit konferierte. Am Anschluß an den Bericht fand eine längere Aussprache statt, an der sich u. a. auch der frühere Reichskanzler Dr. Brüning beteiligte. Abschließend wurde eine Entschließung angenommen, die die Haltung der Parteiführung einmütig billigt und ihr volles Vertrauen auspricht. Die Fraktion halte an dem Ziele einer Not- und Arbeitsgemeinschaft zwischen allen in Betracht kommenden Parteien fest.

Wirtschaftskreise und Kabinettsbildung

Berlin, 29. Nov. Der Reichsverband der deutschen Industrie teilt mit: Am Hinblick auf wiederholte Pressemeldungen, daß die Wirtschaftskreise bei der Kabinettsbildung um ihre Auffassung befragt wären, oder einen Einfluß auszuüben versuchten, ist festzustellen, daß weder der Reichsverband der deutschen Industrie noch die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände in dieser Hinsicht irgendwelche Ansprüche genommen worden sind oder eine Vertretung ausüben. Unzutreffend ist insbesondere auch die Meldung, daß der Vorsitzende des Reichsverbandes, Dr. Krupp von Bohlen und Halbach, dabei eine Mittlerrolle zu spielen oder sonst irgendwie in die schwebenden Verhandlungen einzugreifen versucht hätte.

Der französisch-russische Vertrag unterzeichnet

Paris, 29. Nov. Ministerpräsident Herriot und der Sowjetbotschafter in Paris unterzeichnen heute nachmittag den französisch-russischen Nichtangriffspakt.

Dabei übermittelte Ministerpräsident Herriot die Grüße des französischen Volkes an die Völker der Sowjetunion, mit denen Frankreich immer herzlichere Beziehungen unterhalten wolle. Der beiden unterzeichneten Verträge werde entsprechend der Art, wie er ausgehaktet werde, seinen Wert erhalten. Man möge nicht an den Bemühungen Frankreichs, ihn wirksam zu gestalten, zweifeln.

Sowjetbotschafter Domaniewski erklärte, die Sowjetregierung lege diesem Pakt einen großen politischen und moralischen Wert bei, der den friedlichen Bestrebungen entspreche, von denen die Völker Frankreichs und der Sowjetunion befeelt seien. Ebenso wie die französische Regierung werde die Sowjetregierung alle ihre Bemühungen darauf richten, den neuen Vertrag für beide Länder wirksam und nutzbringend zu machen.

Keine erfolgreiche Abrüstung ohne Deutschland

Der englische Kriegsminister vor dem Oberhaus

London, 29. Nov. Im Oberhaus erklärte Lord Cecil die Regierung um nähere Mitteilungen über ihre Politik in der Abrüstung und in der Währungsfrage. Kriegsminister Lord Hallam antwortete, England verfolge in der Währungsfrage die Völkerbundspolitik. Zur Abrüstungsfrage sei zu sagen, daß die Regierung im Sinne

der Methode der quantitativen Abrüstung durch Beschränkung der Rüstungsansätze arbeite. Auf die Vorwürfe eingehend, daß England die letzten Tausch beibehalten wolle, sagte der Minister, die letzten Tausch seien ein Verteilungsmittel gegen das automatische Gewehr und das Maschinenengewehr. Eine Abschaffung der letzten Tausch würde eine Rüstungsübermehrung, nicht eine Rüstungsüberabnahme bedeuten. Auf die Frage, ob Deutschland wohl wieder zur Abrüstungskonferenz zurückkehren werde, verweigerte der Minister auf die Bemerkungen des Außenministers Simon, der für die Rückkehr Deutschlands zur Konferenz glaube nicht, daß die Abrüstung wirksam und zufriedenstellend durch eine Konferenz herbeigeführt werden könne, auf der Deutschland nicht vertreten sei.

Weiterer Sturz des Pfundes

London, 29. Nov. Der Pfundkurs hat im Laufe des Tages einen Tiefstand erreicht, den er noch nie gehabt hat. Das Pfund wurde nur mit 1,175 Dollar notiert, was einem Reichsmarkkurs von 12,22 entspricht.

Sinowjews Tod dementiert. Die Reuters aus Moskau meldet, wird dort die Nachricht vom Tode Sinowjews dementiert.

Neurath bei Hindenburg. Der Reichspräsident empfing am Dienstag den aus Genf zurückgekehrten Reichsminister Fredebein von Neurath zum Vortrag.

Kommt Europa wieder hoch?

Um es gleich von vornherein zu sagen: Die Frage wird mit einem zuverlässigen Ja beantwortet werden. Wenigstens von dem durch seine Untersuchungen über Rußland und über Deutschland in weitesten Kreisen bekannten amerikanischen Journalisten O. H. Knickerbocker, nachdem er zu diesem Zwecke eine 8500 Kilometer lange Reise kreuz und quer durch den Kontinent gemacht hat. Wir besuchten mit ihm, nachdem er Ende Juni 1932 in Wien aufgebrochen war, Prag und Budapest, ergründeten die Probleme des Donauraumes, lernten das tschechische Italien in Mailand und Rom kennen, wendeten uns nordwärts, zunächst nach Basel, besetzten mit ihm den „Verachtungsturm“ der Bank für Internationale Zahlungen, bekommen interessante Aufschlüsse über die wirtschaftlichen Aussichten Frankreichs und Englands, nachdem wir unterdessen Berlin, dem Reichskanzler v. Papen und dem neben Hitler einflussreichsten Nationalsozialisten Gregor Straßer einen Besuch abgestattet haben. Eine abwechslungsreiche, interessante, ja, recht unterhaltende Reise, die von den Generalvierten Budapest bis zum Luxus des Manfakt führt, ein buntes Bild Europas, wie es sich aus amtlichen Berichten und Reden, aus den Ansichten des einfachen Mannes auf der Straße und aus den Interviews der führenden Staatsmänner und Wirtschaftsführer ergibt, die, mannigfaltig im einzelnen, in ihrer Gesamtheit sich schließlich doch auf den Generalneues bringen lassen, daß das Krisenziel in Europa erreicht, vielleicht sogar überwunden ist, und daß es ein Gebot der Lebensklugheit ist, in frischem Optimismus wieder ans Werk zu gehen. Eine gesunde Zuversicht empfiehlt der Verfasser namentlich uns Deutschen, die er gelegentlich die „Schwarzesten der Welt“ nennt, obwohl er gerade ihnen eine Menge tröstender Tatsachen zu sagen sich für berechtigt hält.

In diesem Zusammenhang zitiert er einen leider nur allzu richtigen Ausspruch des bekannten englischen Wirtschaftsführers Sir Josiah Stamp: „Es kommt nicht in erster Linie auf die Tatsachen an, sondern auf die Gedanken, die sich die Menschen über die Tatsachen der Wirtschaft machen.“ Nicht die schlechte Lage der Wirtschaft ist in erster Linie ausschlaggebend für die Verschärfung der Krise, sondern die Panikimmunität, die heute die weitesten Kreise in ganz Europa erfasst hat, die sich darin äußert, daß auf jedes Gerücht hin sofort die kurzfristigen Gelder aus dem davon betroffenen Lande flüchten, Währungsungen in Gefahr und Banken zum Zusammenbruch bringen. Es ist recht interessant, zu erfahren, wie weitgehend die Wirtschaftsführer der verschiedensten Länder hierin übereinstimmen. Stamp formuliert das folgendermaßen: „Das würde es England nützen, zur Goldbasis zurückzukehren, wenn dann zum Beispiel die Schweiz mit einemmal auf Grund von Berichten über kommunistische Unruhen in Liverpool erlöste und über Nacht ihr ganzes Gold zurückverlangt.“ Und Franquet, der erste Bankier Belands, der in der Zürcher Bank für Internationale Zahlungen eine führende Rolle spielt, drückt denselben Gedanken folgendermaßen aus: Die Leute hören beispielsweise ein völlig unfundiertes Gerücht, daß der Dollar wackelt. Sofort wechseln Tausende von Dollarbesitzern in allen Ländern ihre Dollar in irgendeine andere Valuta um. Sie hören ein neues Gerücht und flüchten wieder in den Dollar. Niemand denkt mehr an Investitionen. Alle sind nur auf eine Sicherheit aus, wie sie in einer Welt, die an der jetzigen Pfuhose leidet, niemals erlangt werden kann. Frankreich, die Vereinigten Staaten, die Schweiz und Holland existieren heute im Gold, weil die ganze Welt diese Länder für sichere Anlageorte für ihr Geld hält. Aber der Sturm tobt weiter, und morgen können die von der Bank gehobten Menschen nach Chile, nach Paraguay oder Gott weiß wohin laufen. Es ist Tollheit, denn es liegt dem keine wahre ökonomische Untersuchung des Zustandes der Währung irgendeines Landes zugrunde. Deshalb ist es so leicht, ein gesundes wie ein nicht gesundes Land zu insizieren.

Angefaßt dieser nicht zu bestreitenden Tatsachen ist es allerdings nicht verwunderlich, daß für die Verschärfung der Krise weit mehr Gerüchte, Nervosität und das allgemeine Gefühl der Unsicherheit verantwortlich zu machen sind, als die realen Tatsachen. Allerdings haben sich in vielen Ländern Europas gewissermaßen gegen alle Entweltelt. Sie liegen in der Abkehr von nicht weniger als achtzehn Staaten von der Goldbasis und in der Devisenwangsabewirtschaftung, der ungefähr zwanzig Staaten huldigen. Die dadurch hervorgerufenen Währungsbeschränkungen und Einfuhrhindernisse und das Kontingentsystem, das seit September 1931 von fünfzehn Staaten eingeführt wurde, haben aber ihrerseits wieder den gegenseitigen Warenantrieb in härtester Weise beschränkt. Dadurch wurde es namentlich den acht europäischen Schuldnerländern unmög-

O. H. Knickerbocker: „Kommt Europa wieder hoch?“ Verlag Komödi, Berlin.